Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Antrag auf Gewährung einer Bundeszuwendung im Rahmen des Sonderprogramms zur „Stärkung der Sicherheit in nationalen Kultureinrichtungen“

(gemäß der Ausschreibungsunterlage, Stand 16.02.2021)

[Hinweis: Der Antrag ist grundsätzlich an die für Kultur zuständige oberste Landesbehörde zu übermitteln.]

A.) ANTRAGSTELLER

Name der Einrichtung bzw. Organisation

Rechtsform

Anschrift

Postleitzahl	Ort	Bundesland

Projektverantwortliche/r

Telefon	E-Mail

B.) PROJEKTBEZEICHNUNG (ZUWENDUNGSZWECK)

C.) Durchführungszeitraum (von - bis)

D.) Finanzierungsplan

Bezeichnung der Ausgaben (Detaillierte Darstellung der einzelnen Ausgaben mit Berechnungsgrundlage, ggf. Einzelaufstellung beifügen. Bei Vorsteuerabzugsberechtigung bitte entsprechende Vorteile abziehen. Beträge auf volle 10 € runden.)	**Betrag In €**
Summe	0

Finanzierung der o. g. Ausgaben	**Betrag in €**	**Anteil in %**
Eigene Mittel		
Landesmittel		
Kommunale Mittel		
Sonstige:		
Beantragte **Bundeszuwendung** (auf volle 100 € abgerundet)		
Summe	0	**100**

Erläuterung zu Höhe und Sicherung der Co-Finanzierung:

E.) NÄHERE ANGABEN ZUM ANTRAGSTELLER / DER KULTUREINRICHTUNG

1. Bild(er) der Kultureinrichtung bzw. des Förderobjektes (max. 1 MB):

2. Beschreibung der Tätigkeit und Bedeutung der Kultureinrichtung (u. a. in Bezug auf Sammlungen, Forschung, Ausstellungen und Vermittlungstätigkeit):

3. Internetadresse:

4. Durchschnittliche Besucher der Einrichtung / Jahr:

5. Durchschnittlicher Personalbestand:

6. Durchschnittliche Finanzierung der Einrichtung / Jahr:

Einnahmen	**Betrag in €**	**Anteil in %**
Eigene Mittel (u.a. kommerzielle Mittel wie Eintrittsentgelte, etc.)		
Bund		
Land		
Stadt / Kommune		
Sonstige Einnahmen		
Summe	0	

F.) ERLÄUTERUNG DES VORHABENS

1. Beschreibung der **Ausgangssituation / Darlegung der bedarfsauslösenden Gründe**
   (u. a. Dringlichkeit entsprechender Sicherheitsmaßnahmen mit Blick auf die Bedeutung des zu schützenden Kulturguts und das bisherige Schutzniveau, ggf. Bezug zu vorherigen / geplanten Maßnahmen)

2. Erläuterung der notwendigen **Maßnahmen** und dazu erforderlicher **Ausgaben** (inkl. Angaben zur Planungsreife) und der **zeitlichen** Realisierung des Vorhabens

3. Inwieweit liegt dem Vorhaben ein vom zuständigen Landeskriminalamt oder der Kriminalpolizeilichen Beratungsstelle oder anderen Sachverständigen abgestimmtes **Sicherheitskonzept** vor?

4. Inwieweit wird der ordnungsgemäße Betrieb (inkl. angemessener personell-organisatorischer Maßnahmen) und die vorschriftsgemäße Wartung geförderter Anlagen sowie die Finanzierung einhergehender Folgekosten vollumfänglich und fortlaufend sichergestellt?

5. Sonstige Angaben:

- Die Realisierung der Maßnahme kann auch durch Übernahme einer Bürgschaft, Garantie oder sonstigen Gewährleistung erreicht werden:

  ☐ Ja / ☐ Nein / ggf. Erläuterung:

- Die Zuwendung kann zurückgezahlt werden:

  ☐ Ja / ☐ Nein / ggf. Erläuterung:

- Eine ordnungsgemäße Verwendung der Zuwendung kann wie folgt sichergestellt werden:

- zum Mittelabruf berechtigte Person mit Kontaktdaten:

- Bankverbindung (IBAN und Institut):

- Ergänzende Bemerkungen:

G.) ZUSICHERUNGEN der Antragstellerin/des Antragsstellers

1. Ich/Wir erklären, dass die Voraussetzungen der **Ausschreibungsunterlage** bei Aufstellung des Förderantrags vollumfänglich beachtet wurden.
2. Mir/ Uns ist bekannt, dass ein rechtlicher Anspruch auf eine Förderung durch BKM nicht besteht. BKM bzw. die Bewilligungsbehörde gewähren Fördermittel nur auf der Grundlage eines Zuwendungsbescheides, welchem die von mir/uns eingereichten Beschreibung des Projekts und dessen Kalkulation zugrunde liegen. Wenn ich/wir die Entscheidung der/des BKM bzw. der Bewilligungsbehörde durch **falsche Angaben** in diesen Unterlagen oder in diesem Antrag herbeigeführt habe/haben, kann BKM bzw. die Bewilligungsbehörde alle Auszahlungen verweigern und bereits ausgezahlte Mittel vom Antragsteller/in zurückverlangen.
3. Mir/Uns ist bekannt, dass die meine/unsere Angaben subventionserheblich im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) sind. Die **Strafbarkeit** eines Subventionsbetruges nach § 264 StGB ist mir/uns bekannt. Ich/Wir erkläre/n, dass ich/wir alle Angaben nach besten Wissen und Gewissen gemacht habe/n und sie durch entsprechende Unterlagen belegen können. Ich/Wir verpflichte/n mich/uns, BKM bzw. der Bewilligungsbehörde **Änderungen** der vorgenannten Angaben unverzüglich mitzuteilen.
4. Ich/Wir erklären, dass die beantragte Maßnahme **nicht ohne** die beantragten BKM-Mittel finanziert werden kann und dass die **Gesamtfinanzierung** der Maßnahme sowie die Finanzierung etwaiger Folgekosten hinreichend gesichert sind.
5. Ich/Wir erklären, dass eine **ordnungsgemäße** Geschäftsführung gesichert ist (z.B. Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und des Vier-Augen-Prinzips) und ich/wir in der Lage bin/sind, die bestimmungsgemäße und nachhaltige Verwendung der beantragten BKM-Mittel nachzuweisen.
6. Ich/Wir erklären, dass **keine Ausschlussgründe** gemäß § 123 f. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (z.B. Nichtzahlung von Steuern/Abgaben, strafbare Handlungen durch Geschäftsführer) oder nach Art. 1 Abs. 4 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juli 2014 (Nichterfüllung von Rückforderungen der EU-Kommission) vorliegen.
7. Ich/Wir erklären, dass die Antragstellerin/der Antragsteller **nicht überschuldet** ist.
8. Ich/Wir erklären, dass abhängig und freiberuflich Beschäftigte eine **angemessene** Vergütung erhalten und Beiträge zur Sozialversicherung ordnungsgemäß abgeführt werden.

H.) EINWILLIGUNG ZUR DATENERHEBUNG UND DATENNUTZUNG

1. Ich bin/wir sind einverstanden, dass die/der BKM (Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn) sowie von ihr/ihm beauftragte Stellen, die Daten, die aus den Antragsunterlagen und im weiteren Verfahren bekannt werden, verarbeiten, speichern sowie für Überprüfungen, Evaluierungen und für die Öffentlichkeitsarbeit verwenden und untereinander austauschen dürfen, soweit dies für eine Förderung meines Projekts notwendig ist. Dies kann auch in anonymisierter Form für statistische Zwecke erfolgen kann. Die auf der Internetseite der BKM veröffentlichten Datenschutzhinweise habe ich zur Kenntnis genommen: *https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/staatsministerin-fuer-kultur-und-medien/datenschutzerklaerung-1698144*
2. Ich bin/wir sind einverstanden, dass Zweck, Höhe und Empfänger der Förderung veröffentlicht werden können, sofern eine Förderentscheidung zu meinen/unseren Gunsten ergeht.
3. Sofern eine Förderentscheidung zu meinen/unseren Gunsten ergeht, die unter den Anwendungsbereich der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juli 2014 fällt, bin ich einverstanden, dass die/der BKM oder eine von ihr/ihm beauftragte Stelle, die in Artikel 9 der Verordnung genannten Informationen veröffentlicht.

(Ort, Datum, rechtsverbindliche Unterschrift des für den Antragstellenden Vertretungsberechtigten, bitte auch in Druckschrift)

ANLAGE: BEWERTUNG DES SITZLANDES

1. Einschätzung des Landes, inwieweit mit Blick auf die Fördervoraussetzungen der Sonderausschreibung ein **erhebliches Bundesinteresse** an der Förderung der Einrichtung und der Maßnahme gesehen wird:

2. Zuwendungsrechtliche **Stellungnahme** des Landes:

   a. Werden die Voraussetzungen der Ausschreibungsunterlage zum Sonderprogramm vollumfänglich erfüllt?

   ☐ Ja / ☐ Nein / ggf. Erläuterung:

   b. Ist der Antragsteller ist in der Lage, den ordnungsgemäßen Betrieb (inkl. angemessener personell-organisatorischer Maßnahmen) und die vorschriftsgemäße Wartung geförderter Anlagen sowie die Finanzierung einhergehender Folgekosten vollumfänglich und fortlaufend sicherzustellen?

   ☐ Ja / ☐ Nein / ggf. Erläuterung:

   c. Erscheint eine ordnungsgemäße Geschäftsführung des Antragstellers gesichert?

   ☐ Ja / ☐ Nein / ggf. Erläuterung:

   d. Sind die beantragten Ausgaben hinsichtlich der Planungsreife ausreichend belastbar und vollständig sowie nach den einschlägigen Vorschriften zuwendungsfähig?

   ☐ Ja / ☐ Nein / ggf. Erläuterung:

   e. Werden Eigen- und Drittmittel im angemessenen Umfang eingesetzt (entsprechend der jeweiligen Interessen / Nutzen und Finanzierungsmöglichkeiten)?

   ☐ Ja / ☐ Nein / ggf. Erläuterung:

   f. Erscheint die Gesamtfinanzierung der zuwendungsfähigen Ausgaben des Projekts sowie ggf. zusammenhängender Maßnahmen hinreichend gesichert?

   ☐ Ja / ☐ Nein / ggf. Erläuterung:

g. Mit dem Vorhaben wurde noch nicht begonnen und wird auch erst nach Bewilligung durch die zuständige Landesstelle begonnen.

☐ Ja / ☐ Nein / ggf. Erläuterung:

h. Erscheint eine ordnungsgemäße Verausgabung der Bundesmittel im Haushaltsjahr hinreichend realistisch?

☐ Ja / ☐ Nein / ggf. Erläuterung:

i. Ist die beantragte Maßnahme in sich abgeschlossen / funktionsfähig? (d. h. sie ist auch ohne zusätzliche Bundesförderung nachhaltig nutzbar und führt zu verwertbaren Ergebnissen)?

☐ Ja / ☐ Nein / ggf. Erläuterung:

j. Wäre die Förderung eine EU-Beihilfe i.S.d. Art. 107 Abs. 1 AEUV oder eine De-minimis-Beihilfe i.S.d. der EU-Verordnung Nr. 1407/2013?

☐ Ja / ☐ Nein / ggf. Erläuterung:

Wenn ja: Wäre die beantragte Projektförderung mit dem EU-Beihilferecht vereinbar? (siehe insbes. Art. 107 Abs. 3 d) AEUV, EU-Verordnung Nr. 1407/2013 und AGVO)

☐ Ja / ☐ Nein / ggf. Erläuterung:

3. Ergänzende Bemerkungen: